



## Wem nutzt die WM?

Dem Image Südafrikas tut die Fußballweltmeisterschaft gut, doch für die Ärmsten im Land wird sich wenig verbessert haben, wenn der WM-Tross ab Montag von dannen zieht. **Seite 3**



## Die Macht des Sitzens

Ein breites Bündnis will am Samstag in Gera Europas größtes Nazifest blockieren – nach dem Vorbild Dresdens. Gegen einen Teil der dortigen Blockierer laufen weiterhin Ermittlungsverfahren. **Seite 5**



## Pressefest-Nachlese

Politische Debatten standen im Mittelpunkt beim ND-Pressfest. Heute zum Nachlesen: die Diskussionen über Berlins Schulreform sowie über Rot-Rot in Berlin und Brandenburg. **Seiten 16 und 17**

## Standpunkt

### Sprengstoff

Von Silvia Ottow

Bei allem Respekt für die Proteste gegen Röslers Gesundheitspläne, die es aus den Oppositionsparteien, den Sozialverbänden, Gewerkschaften und vielen anderen Organisationen hagelt – es wird nicht einfach sein, an den Zusatzbeiträgen noch etwas zu ändern. Sie stehen ja nicht nur für eine unsoziale Umwandlung des Gesundheitssystems, sondern vor allem als Symbol für die Glaubwürdigkeit dieser Koalition, die ihren verbliebenen Wählern damit signalisiert, dass noch ein paar Blätter vom Koalitionsvertrag übrig geblieben sind.

Für die Freigabe der Höhe der Zusatzbeiträge und ein paar halberzigte Einnahmeerhöhungen und Kostendämpfungsmaßnahmen, an denen als Alibi auch Arbeitgeber, Ärzte, Pharmaindustrie, Krankenhäuser und Kassen beteiligt sind, hätte ein schöner Tag im Februar oder März gereicht. Das Monate andauernde Warten bis zum Ende von Landtags- und Bundespräsidentenwahlen sowie dem Beginn der Ferien und der Fußballweltmeisterschaft hat lediglich das Ziel verfolgt, die Debatten um das Ausmaß dieser Veränderungen in Grenzen zu halten – verbunden mit der Hoffnung, dass die Wut nach dem Sommer verraucht sein könnte und andere Probleme die Oberhand gewinnen.

Die sorgfältige Planung dieses Coups und das nervöse Festhalten daran machen ziemlich deutlich, wie sehr FDP, CDU und CSU der soziale Sprengstoff ihres Handelns bewusst ist. Um so größer ist die Verantwortung der Kritiker, ihnen die Lunte aus der Hand zu nehmen.

## Unten links

Viele Bücher und Filme haben sich schon mit der Idee der **Zeitmaschine** beschäftigt, doch nun gibt es sie wirklich. Mit einer in den Kosmos geschossenen Apparatur namens Planck, einem Weltraumteleskop, könne man in die Vergangenheit des Universums blicken, hört man. Zuerst lieferte Planck ein Gesamtbild des Himmels. Naja, wenn es sein muss. Da fallen einem allerdings dringendere Aufgaben für den Geschichtsknipsler ein. Beispielsweise könnte er aus dem Mikrowellenhintergrund des Gestern mal herausfiltern, ob das umstrittene Wembley-Tor von 1966 nun eins war oder nicht. Auch nach einer Liste mit den Namen der von Helmut Kohl geheimgehaltenen CDU-Spender könnte Planck im Restlicht der Gechichte forschen. Auf eine definitive Klärung wartet die philosophische Frage, wer zuerst da war – Huhn oder Ei. Und weil Bilder »von bemerkenswerter Qualität« versprochen werden, kriegen wir vielleicht auch raus, ob jemals ein Kanzler seine Haare gefärbt hat. **wh**

[www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 1,70/1,90 EUR;  
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

# Arbeiterbewegung statt Bahnverkehr

## Griechenland: Sechster Generalstreik des Jahres legte öffentliches Leben weitgehend lahm

Von Anke Stefan, Athen

Mit dem bereits sechsten Generalstreik seit Februar haben die griechischen Gewerkschaften am Donnerstag das öffentliche Leben wieder weitgehend zum Erliegen gebracht.

»Parlamentarier: Lasst euch lieber von der Partei ausschließen als vom Volk«, stand auf Plakaten der maoistischen KOE überall in der Hauptstadt. Auch der Vorsitzende der Parlamentsfraktion des Linksbündnisses SYRIZA hatte an seine Kollegen von der PASOK appelliert, ihrem Gewissen und nicht der Parteidisziplin zu folgen und die am Donnerstag im griechischen Parlament diskutierte »Rentenreform« niederzustimmen. Genützt haben die Appelle nichts, ebenso wenig die Tatsache, dass Millionen griechischer Lohnabhängiger mit einem weiteren Generalstreik und Zehntausende Demonstranten draußen vor dem Parlament gegen das »Kernstück des griechischen Sparpakets« protestierten.

Nur die drei bereits bei der vergangenen Verabschiedung von Sparmaßnahmen wegen abweichenden Stimmverhaltens aus der Fraktion ausgeschlossenen PASOK-Parlamentarier verweigerten auch diesmal Ministerpräsident Giorgios Papandreou die Gefolgschaft, der die Annahme der »Rentenreform« zur Vertrauensfrage für seine Regierung gemacht hatte.

Mit den Stimmen der übrigen 157 PASOK-Parlamentarier sowie zweier unabhängiger Abgeordneter gegen 137 Stimmen der Opposition wurde das Gesetz am Donnerstag verabschiedet. Damit wird die Lebensarbeitszeit in Griechenland von 35 auf 40 Jahre angehoben, wobei gleichzeitig ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren zur Regel gemacht wird. Auch die in »schweren und gesundheitsschädlichen« Berufen Arbeitenden sollen künftig 40 Jahre malochen, bevor sie frühestens mit 60 in den Ruhestand treten können.

Der Widerstand gegen diese und andere bereits verabschiedete



»Sie werden nicht durchkommen!« – die legendäre Losung auf Griechisch und Spanisch in Athen

Foto: dpa

Sparmaßnahmen, mit denen das Haushaltsdefizit von 13,6 Prozent innerhalb weniger Jahre unter die von der EU vorgegebene Obergrenze von 3 Prozent gedrückt werden soll, ist ungebrochen. Die Streikbeteiligung der griechischen Lohnabhängigen lag nach Angaben des Gewerkschaftsdachverbands in der privaten Wirtschaft, GSEE, im Schnitt bei 80 Prozent.

Industriebetriebe, Handelsunternehmen, Banken, Behörden, Schulen und Universitäten blieben geschlossen, die Krankenhäuser arbeiteten mit Notdiensten und in den Radio- und Fernsehsendern

gab es keine Nachrichten, während am heutigen Freitag keine Tageszeitung erscheint. In den internationalen Medien fand dagegen besonders der Streik der Fluglotsen, Seeleute und bei der Bahn Angestellten Beachtung. Sie sorgten dafür, dass der nationale und internationale Flugverkehr empfindlich gestört, der Schiffs- und Bahnverkehr sogar gänzlich lahmgelegt wurde. »Wir beharren auf unserem Protest, weil wir recht haben«, so der Vorsitzende der GSEE, Giannis Panagopoulos, auf der Streikkundgebung in Athen. Die Mehrheit der Menschen in

Griechenland ist zwar selbst überzeugt, dass gegen die aus dem Ruder gelaufene Staatsverschuldung etwas getan werden muss. Die fast ausschließlich zu Lasten der Lohnabhängigen, Rentner und sozial Schwachen verhängten Sparmaßnahmen werden aber ebenso durchgängig als ungerecht abgelehnt. Statt dessen sollten Unternehmer und reiche Institutionen wie die orthodoxe Kirche zur Kasse gebeten werden, die an der überhaupt erst von ihnen verursachten Krise kräftig verdient hätten, lautete die Botschaft auf den Transparenten der Streikenden.

# Kuba setzt auf Entspannung mit der EU

## Havanna lässt 52 Gefangene frei / Dialog mit katholischer Kirche und spanischem Außenminister

Von Harald Neuber

Mit der Freilassung von mehreren Dutzend Regierungsgegnern hat Kubas Staatsführung ein deutliches Zeichen der Annäherung an die Europäische Union gesandt. Nach Informationen der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina werden 52 regierungsfeindliche Aktivisten aus der Haft entlassen. Ein Mann war bereits vor wenigen Tagen freigekommen.

Die Haftentlassungen sind das Ergebnis mehrwöchiger Verhandlungen mit der katholischen Kirche. Am Mittwoch kamen Spaniens Außenminister Miguel Ángel Moratinos, der Erzbischof von Havanna, Jaime Ortega Alamino, und Kubas Staats- und Regierungschef Raúl Castro zusammen. Bei dem Treffen seien »Themen beiderseitigen Interesses« besprochen worden, berichtete Prensa Latina unter Berufung auf Regierungsinformationen. Zuvor waren Castro und Moratinos derselben Quelle zufolge zu einem

bilateralen Gespräch zusammengekommen. Sein Treffen mit Raúl Castro und Jaime Ortega habe insgesamt sechs Stunden gedauert, sagte Moratinos später auf einer Pressekonferenz. In der Residenz des kubanischen Staats- und Regierungschefs habe er auch das WM-Fußballspiel Deutschland gegen Spanien gesehen. »Das war eine einmalige Erfahrung«, scherzte der Chefdiplomat später: »Wir haben beim (spanischen) Tor gemeinsam geschrien und uns umarmt.«

Neben einer kurzen Nachricht über die Zusammenkunft veröffentlichte die kubanische Nachrichtenagentur am Mittwochabend unkommentiert eine Presseerklärung des Erzbistums von Havanna zu den Verhandlungsergebnissen. Darin wird die Freilassung von 52 Regierungsgegnern ebenso angekündigt wie die Verlegung von 18 Inhaftierten in ihre Heimatprovinzen. Die Gespräche zu dem Thema zwischen der Regierungsspitze

und dem katholischen Klerus hätten am 19. Mai begonnen, heißt es in dem Kommuniqué. Es sei »ein Dialog unter Kubanern« gewesen, so Ortega späterer Kommentar.

Die nun offenbar begnadigten 52 Gefangenen gehören der sogenannten Gruppe der 75 an. Diese Regierungsgegner waren Anfang 2003 wegen Landesverrats und der Zusammenarbeit mit US-Behörden in Kuba zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Funktionäre der US-Interessenvertretung in Havanna hatten damals mit Hilfe ihrer lokalen Kontakte versucht, ein politisches Netzwerk in Kuba aufzubauen, das logistisch, materiell und finanziell von der diplomatischen Vertretung aus unterstützt wurde. Die USA halten seit fast 50 Jahren eine völkerrechtswidrige Blockade gegen Kuba mit dem Ziel aufrecht, die Regierung und das sozialistische System zu stürzen.

Moratinos will das Ergebnis nun nutzen, um die »Gemeinsame Posi-

tion« auszuräumen. »Es hieß ja immer, dass die Gemeinsame Position der EU gegenüber Kuba aufgehoben werde, wenn die Situation der Gefangenen in Kuba gelöst ist«, zitierte der Korrespondent der britischen BBC, Fernando Ravsberg, den spanischen Außenminister. »Ich hoffe, dass meine europäischen Kollegen dieser Verpflichtung nun gerecht werden.«

Demselben Bericht zufolge erwarten spanische Diplomaten jetzt auch ein Ende des Hungerstreiks des kubanischen Regierungsgegners Guillermo Fariñas. Dieser habe die Freilassung von 26 Gleichgesinnten gefordert, die wegen ihrer Zusammenarbeit mit den USA inhaftiert wurden.

Die nun Begnadigten sollen nach Spanien ausreisen können. Dieser Vorschlag sei ihnen unterbreitet worden, so Moratinos, nach dessen Auskunft die Regierungsgegner in Zukunft jederzeit wieder nach Kuba einreisen können.

Kommentar Seite 4

# Lauterbach: Netto-Lüge von der FDP

## Kassen warnen vor ruinösem Wettbewerb

Berlin (dpa/ND). Angesichts der erwarteten Welle an Zusatzbeiträgen für Kassenpatienten ab 2012 verschärft die Opposition ihre Kritik am Gesundheitskompromiss der Koalition. »Man wird Ihnen bis zur Abwahl vorwerfen, dass Sie die Netto-Lügen-Partei sind«, sagte SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach der FDP am Donnerstag im Bundestag voraus. Unklar blieb unterdessen, ob die Krankenkassen, die bereits einen Zusatzbeitrag von acht Euro erheben, diesen trotz Beitragserhöhung auch im nächsten Jahr brauchen. 2012 stehen den 50 Millionen Kassen-Mitgliedern als Folge der Koalitionspläne nahezu flächendeckend Zusatzbeiträge ins Haus.

Union und FDP wiesen die Vorwürfe mit dem Argument zurück, dass die Menschen ohne höhere Zahlungen nicht mehr wie gewohnt Diagnosen und Therapien bekommen könnten. Die aktuelle Stunde im Bundestag fand auf Antrag der LINKEN statt.

Die Chefin der Krankenkasse Barmer GEK, Birgit Fischer, sagte, im kommenden Jahr würden sich alle Kassen bemühen, ohne Zusatzbeitrag auszukommen. Danach aber drohe ein »ruinöser Preiswettbewerb«. Die DAK überlegt, ob sie ihren Zusatzbeitrag von acht Euro auch 2011 aufrecht erhält. »Für die meisten der 128 Betriebskrankenkassen bedeutet die Reform Entspannung«, sagte eine Verbandssprecherin. **Seite 2**

## Kurz

### Korruption wächst

Kabul (dpa). Das Ausmaß der Korruption in Afghanistan hat sich seit 2007 verdoppelt und wird von den Menschen in dem Land am Hindukusch als immer größeres Problem wahrgenommen. Allein im vergangenen Jahr hätten Afghanen umgerechnet 793 Millionen Euro an Bestechungsgeldern gezahlt, um ihnen de facto zustehende Dienstleistungen von Polizei, Verwaltung oder anderen staatlichen Einrichtungen in Anspruch nehmen zu können, heißt es in einer Studie der Organisation »Integrity Watch Afghanistan«. **Seite 7**

### Zugriff erlaubt

Straßburg (AFP). Die USA bekommen wieder Zugriff auf Bankdaten von Millionen Bürgern und Unternehmen in der EU. Trotz Bedenken von Datenschützern machte das EU-Parlament am Donnerstag erwartungsgemäß den Weg für das SWIFT-Abkommen frei.

### Zdarsa folgt Mixa

Rom (AFP). Der Görlitzer Bischof Konrad Zdarsa wird Nachfolger des zurückgetretenen Augsburger Bischofs Walter Mixa.

Personalien Seite 4

### Anschlag auf Zug

Delhi (dpa). Beim Bombenanschlag auf einen Zug wurden im Nordosten Indiens ein Kind getötet und acht Menschen verletzt.

